

Wirksamere CO₂-Preise als ökonomische Grundlage für den Klimaschutz in Kommunen voranbringen

Neben der Bewältigung der Folgen von COVID-19 bleibt die Begrenzung des weltweiten Klimawandels eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Die Folgen der durch den globalen Klimawandel ausgelösten Extremwetterereignisse nehmen zu und werden in immer mehr Städten und Gemeinden deutlich spürbar. Dazu gehören Starkregenereignisse, Hochwasser und Orkane genauso wie Hitze, Trockenheit und langanhaltende Dürren, die schon heute gravierende Folgen mit sich bringen. Klimaschutz ist daher zentral für das ökonomische und soziale Gefüge unserer Gesellschaft. Dabei sind die Städte und Gemeinden Schlüsselakteure. Widerstandsfähige Städte und Gemeinden spielen eine immer wichtigere Rolle bei der Verhinderung von Klima- und Gesundheitsrisiken. Denn wirksamer Klimaschutz findet vor Ort statt.

Der Rahmen für den Klimaschutz

Das gemeinsam von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) ausgehandelte und von Deutschland unterzeichnete Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 gibt den Rahmen für den Klimaschutz vor, den globalen Temperaturanstieg auf möglichst 1,5°C zu begrenzen. Die Klimaschutzziele des Pariser Abkommens bilden damit eine verbindliche Grundlage für die europäische und deutsche Klimapolitik.

Mit dem Green Deal will die EU-Kommission Europa bis zur Mitte des Jahrhunderts klimaneutral machen. Er sieht im Rahmen eines Aktionsplans unter anderem eine Klimazielverschärfung, ein Klimagesetz, eine neue Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, eine Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie und die Überprüfung u.a. der Richtlinie für das Emissionshandelssystem sowie einen Vorschlag für einen CO₂-Grenzausgleich für ausgewählte Sektoren vor.

Die Bundesregierung will mit dem Bundes-Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutzprogramm 2030 einen Beitrag zur Begrenzung der Erderhitzung leisten. Im Zuge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wollte die Bundesregierung die „(...) europäische[n] Handlungsansätze zur Erreichung der Klima- und Energieziele diskutieren, insbesondere die Ausweitung der CO₂-Bepreisung auf alle Sektoren und die Einführung einer moderaten CO₂-Mindestbepreisung im Rahmen des europäischen Emissionshandelssystems (EU ETS).“

Ohne entsprechende Leitplanken nutzt der beste Wille nichts

Viele Städte und Gemeinde haben Klimaschutzkonzepte und Maßnahmen beschlossen, mit denen sie einen wesentlichen Beitrag leisten, die Ziele von Paris zu erreichen. Manche haben zum Ziel, deutlich früher treibhausgasneutral zu werden als bis 2050 bzw. 2045 – dem von der EU vorgegebenen und von Deutschland geplanten Zieljahr. Gleichzeitig wird dabei deutlich, dass die Einsparziele nur erreicht werden können, wenn die bundes- und europapolitischen Rahmenbedingungen den Klimaschutz als zentrales Thema in der Politik verankern. Dazu ist es notwendig, die Potenziale der Kommunen im Klimaschutz verstärkt zu unterstützen. Ziel muss es sein, zusätzliche Anreize zu schaffen und kommunale Klimaaktivitäten nachhaltig zu fördern.

Die Städte und Gemeinden sind bereit, den von ihnen beeinflussbaren Anteil der zur CO₂-Reduktion erforderlichen Maßnahmen beizutragen. Um die Ziele erreichen zu können, brauchen Städte und Gemeinden deutlich verbesserte Rahmenbedingungen.



Die Mitgliedskommunen des CO₂ Abgabe e.V. fordern die deutsche Politik auf, entsprechend tätig zu werden. Wir brauchen als unterstützende Rahmenbedingungen für den Klimaschutz in Städten und Gemeinden dringend einen ambitionierten und Innovationen auslösenden CO₂-Mindestpreis,

- der für alle Sektoren, insbesondere Verkehr, Energie, Gebäude und energieintensive Industrie eingeführt wird und entweder auf EU-Ebene bzw. in einer EU-Vorreiter-Allianz oder mindestens in Deutschland gilt (Beispiel Großbritannien),
- als Inputbesteuerung bzw. Besteuerung bei Grenzübergang von allen nicht-erneuerbaren Energieträgern wie Erdgas, Kohle und Erdöl,
- mit einem Einstiegspreis von mindestens 50 Euro pro Tonne CO_{2äq},
- mit einem für Innovationen und Investitionen planungssicheren Anstiegspfad von mindestens fünf Euro pro Jahr,
- mit einem fairen, sozialen Ausgleich, der durch die Neuausrichtung von Steuern und Umlagen im Energiebereich am Klimaschutz zu Bürokratieabbau und damit zur Entfesselung der Energiewende führt, denn es sollen nicht zusätzliche Steuereinnahmen generiert, sondern eine optimale Lenkungswirkung erzielt werden.

Weiterhin sind in Deutschland konkrete gesetzliche Modifikationen erforderlich

- Ein ambitionierterer und marktwirtschaftlich getriebener Kohleausstieg,
- ein Ausbau intelligenter, dezentraler, erneuerbarer Energieversorgung für Strom, Wärme und Mobilität,
- ein den erneuerbaren Energien angemessenes Strommarktdesign,
- Klimaschutz zur Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung machen und Sicherstellung einer angemessenen Finanz- und Personalausstattung,
- vereinfachte Antrags- und Genehmigungsverfahren und Regelungen für den Weiterbetrieb von Anlagen, die ab 2021 aus dem EEG fallen sowie Städte und Gemeinden zu verpflichten, die Bürgerinnen und Bürger an der Wertschöpfung zu beteiligen und damit für mehr Akzeptanz zu sorgen,
- eine grundlegende Reform der Steuer- und Abgabengesetzgebung zugunsten des Klimaschutzes und zum Abbau von Bürokratie,
- ein Umbau des Erdgasnetz in ein zunehmend postfossiles Gasnetz für Biogas oder grünen Wasserstoff sowie ein Ausbau von mit grünem Wasserstoff kompatibler Kraft-Wärme-Kopplung (H₂-ready),
- ein Baurecht, das an den Erfordernissen der erneuerbaren Energien orientiert ist und die Festschreibung von Treibhausgasneutralität für Gebäude und Quartiere bereits in Bebauungsplänen ermöglicht,
- eine am Klimaschutz orientierte Bildungs- und Ausbildungsoffensive bei der Gebäudesanierung und beim Ausbau von erneuerbaren Energien.

Die Mitgliedskommunen des CO₂ Abgabe e.V. verfolgen ihre Klimaschutzziele sehr ambitioniert und können sich auf die Unterstützung und Mithilfe einer engagierten Bürgerschaft verlassen. Dennoch können Städte und Gemeinden weder ihre eigenen noch die international vereinbarten Klimaschutzziele ohne Unterstützung auf EU- und Bundesebene erreichen. Der Klimawandel wartet nicht. Die Forderungen sollten in Deutschland und der EU entschlossen umgesetzt werden.